

AGFW Fakten-Check aus Sicht der Stadtentwicklung zur Bundestagswahl 2013

Wesentliche Aussagen aus den Wahlprogrammen der Parteien im Quervergleich

Harald Rapp,
AGFW | Der Energieeffizienzverband für
Wärme, Kälte und KWK e.V.,
Frankfurt am Main
24. Juni 2013, Frankfurt

CDU/CSU	SPD	FDP	B90 / Die Grünen	Die LINKE
EE Energieeffizienz Energieeinsparung	EE Energieeffizienz Energieeinsparung	EE Energieeffizienz Energieeinsparung	EE Energieeffizienz Energieeinsparung	EE Energieeffizienz Energieeinsparung
Mix in der Energieerzeugung	deutlicher Ausbau der KWK (25 % am Stromanteil bis 2020) sowie Fern-/ Nahwärmesysteme		KWK ausbauen (Gas in KWK); Mini- und Mikro- KWK (100% EE- Strom bis 2030) effizientes Leitungssystem fördern	100 Prozent regenerative Energie und BHKW
Bürgerbeteiligung im ländlichen Raum (Netze, Windparks Solarprojekte)	Bürgerbeteiligung (Netze, Windparks Solarprojekte)	Ausbau der Bioenergie	Bioenergiedörfer ländlichen Raum + Bürgerbeteiligung	Bio-Energiedörfer
Netze und Energie- speicher sollen ausgebaut werden.	Neue Speicher- technologien fördern	Netze und Energiespeicher sollen ausgebaut werden.	sinnvoller Netzausbau und mehr Dezentralität	Speicher-Offensive + angemessener Ausbau

CDU/CSU	SPD	FDP	B90 / Die Grünen	Die LINKE
Marktwirtschaftliche Lösungen	sozialverträgliche Gestaltung der Energiewende weitere Belastungen für die produzierende Wirtschaft und die privaten Haushalte vermeiden	Energiemarkt marktwirtschaftlicher gestalten Energie muss für alle bezahlbar bleiben	Ökologie und bezahlbares Wohnen in Einklang bringen einkommensschwache Haushalte unterstützen	Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge Versorgung mit Strom und Wasser als Grundrecht Sockeltarif für Strom; kostenloses Grundkontingent Energiepreise sozial gestaffelt
Größere international aufgestellte Energieversorger, Stadtwerke und private Energieerzeuger als Akteure	Stärkung dezentraler kommunaler Strukturen	Stärkung kommunaler Zentren	örtliche Energieversorgung und lokale Verteilnetze in kommunale Hand zurückgeben	vorrangig regional und dezentral Modellregionen des sozialökologischen Umbaus schaffen
	Schaffung eines Energieministeriums + Bundestagsausschuss Energie	Bündelung + zentrale Koordinierung durchs BMWi	BMU zu einem Umwelt- und Energieministerium machen	

CDU/CSU	SPD	FDP	B90 / Die Grünen	Die LINKE
CO2 neutrale, energie- und klimaangepasste Stadt.	sozialer Zusammenhalt, Integration, demografischer Wandel, altersgerechter Umbau und Klimaschutz.	Flächenverbrauch begrenzen, Baumaßnahmen+ Nachverdichtungen im innerstädtischen Bereich erleichtern.	Die grüne Stadt soll sich entwickeln Die Innenstädte sollen gestärkt und der Flächenverbrauch minimiert werden	Regionalisierung, Leitbildentwicklung Modellregionen des sozial-ökologischen Umbaus schaffen
klima- und umweltschonende Stadtplanung	energetische Stadtentwicklungskonzepte fördern	Baurecht überprüfen.	kommunale Klima- und Energiekonzepte aufzustellen	
	Stadtteil- und Quartiersentwicklung im Fokus		Konzept der energetischen Quartierssanierung	

CDU/CSU	SPD	FDP	B90 / Die Grünen	Die LINKE
Beratung über die sinnvolle Dämmung	E-Effizienz und Einsparung statt Standards	„Anreize statt Zwang“	Niedrigstenergiestandard soll vorgegeben werden	Grundlegende Sanierungen auch auf den Gebäudebestand ausweiten
Bis 2020 Energieverbrauch um 20 Prozent vermindern.	20 Prozent des Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien bis 2020	Sanierungsquote im Gebäudebestand sollte deutlich gesteigert werden, um die Energieeffizienz zu verbessern.	100 Prozent des Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien bis 2040 Sanierungsquote auf 3 % steigern	verpflichtenden Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung für Neubauten Sanierungsrate verdoppeln
	Verflechtung und Kombination der „Energetischen Gebäudesanierung“ und des „Altersgerechten Umbaus“		Verbrauchskategorien Strom, Wärme und Mobilität verknüpfen.	Energieversorger sollen verpflichtet werden, jährliche Energieeinsparungen von 1,5% bei ihren Kunden zu erzielen.

CDU/CSU	SPD	FDP	B90 / Die Grünen	Die LINKE
Städtebau-förderung weiterentwickeln	(energetische) Städtebauförderung mit 700 (100) Mio. € ausstatten	Stadtentwicklungsprogramme des Bundes fortführen	Städtebau-förderung mittelfristig erhöhen	Städtebau-förderung + Stadtumbau-programme sind bedarfsgerecht auszustatten
CO ₂ -Gebäude-sanierungs-programm fortsetzen	energetische Gebäudesanierung mit 2 Mrd. Euro ausstatten	CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm fortsetzen	energetische Gebäudesanierung mit 2 Mrd. Euro ausstatten	
steuerliche Förderung	Umsetzung und Bündelung mit anderen Förderprogrammen	steuerliche Förderung	Energiesparfonds 3,5 Mrd. Euro auflegen	Förderprogramme für Kommunen die ihre Energie-versorgung in die eigene Hand nehmen Energiesparfonds mit jährlich 2,5 Mrd. Euro auflegen
	Heizkostenzuschuss wieder einführen			